

2.1 State of the Art

Der gute Name eines Politikers ist sein größtes Kapital. Die Dynamik und Anonymität des Internets stellt eine ernstzunehmende Bedrohung für dieses Kapital dar. Im Handumdrehen kann das Netz vernichtende Wirkung entfalten – mit unvorhersehbaren Folgen für die Karriere. Ein ungeschickter Tweet, eine unbedachte Äußerung auf Facebook, und nichts ist mehr, wie es war.

Negative, unvorteilhafte und sogar unwahre Inhalte werden durch User, Journalisten oder politische Gegner immer wieder aufs Neue aufgegriffen und weiterverbreitet. Der Trend zum Smartphone hat diese Entwicklung noch zusätzlich beschleunigt. Ist eine Nachricht erst mal im Netz, entwickelt sie schnell ein nicht mehr zu kontrollierendes Eigenleben – mit unabsehbaren Folgen für die Reputation. „Nichts ist so alt wie die Zeitung von gestern.“ Diese Redensart gehört der Vergangenheit an. Das Internet vergisst nicht. Jede Äußerung, jede inhaltliche Positionierung und jedes politische Statement bleibt auf unabsehbare Zukunft online verfügbar. Selbst wenn Inhalte umgehend vom Nutzer gelöscht werden existiert mit Sicherheit bereits ein Screenshot von der betreffenden Nachricht oder dem unglücklichen Tweet, der den Urheber auf ewig verfolgen wird. Nicht selten werden harmlose Inhalte aus dem Zusammenhang gerissen und in einen völlig anderen Kontext überführt.

Die neue Welt vergisst nicht. Stoibers Gestammel nicht, Mappus' Mails nicht und auch nicht Cohn-Bendits Sätze über Flirts mit Kindern. Im Netz entsteht ein Archiv des Versagens, das einen Politiker jederzeit vernichten kann“ [...] „Es zeigt sich, dass sich im Netz ein vom Einzelnen kaum noch beherrschbares Anarchiv der politischen Biografien herausgebildet hat. Entstanden ist eine riesenhafte, nach dem Prinzip

eines permanenten Plebiszits funktionierende Kopier- und Erinnerungsmaschine, die einen einzigen bizarren Fehler emporspülen kann – und dieser wird im Extremfall zur Chiffre eines Lebens, zur öffentlichen Bilanz einer komplexen Biografie, die auf den einen Moment zusammenschrumpft. (Pörksen 2013).

Wie unschätzbar wichtig ist es daher, stets die Zügel in der Hand zu behalten und den guten Ruf im Netz aktiv zu gestalten, zu schützen und zu stärken – mit einem professionellen Partner an der Seite, der mit den Tücken der Online-Kommunikation bestens vertraut ist und den gelungenen Online-Auftritt in jeder Lage nachhaltig unterstützt.

Nur wer selbst am Sozialen Geschehen im Netz teilnimmt, kann eine unverwechselbare Online-Identität aufbauen und in konstruktiven Dialog mit seinen Wählern treten. So schützen Sie sich konsequent vor gezielten Angriffen auf Ihre Glaubwürdigkeit und sorgen für nachhaltige Kommunikation mit der Zielgruppe.

Denn: Die Folgen einer beschädigten Online-Reputation können erheblich sein. Das Ausbleiben von Wahlerfolgen, Spendegeber, die auf Distanz gehen, Mitgliedschwund, Kündigung von Sponsorenverträgen, schlechte Presse in den Massenmedien, nachhaltiger Vertrauensverlust in die handelnde Person oder schlicht das Karriereaus: Die möglichen Schäden sind ebenso drastisch wie vielfältig.

Die Gründe, warum Politiker Social Media nutzen, sind vielfältig (Abb. 2.1).

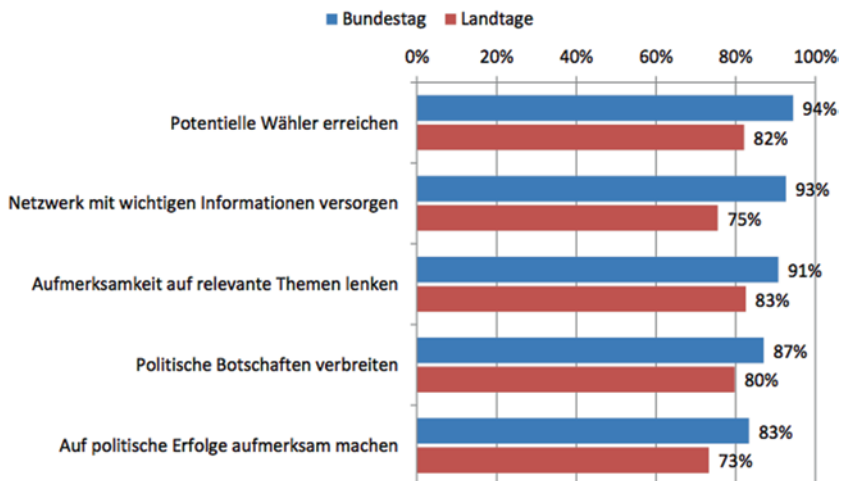
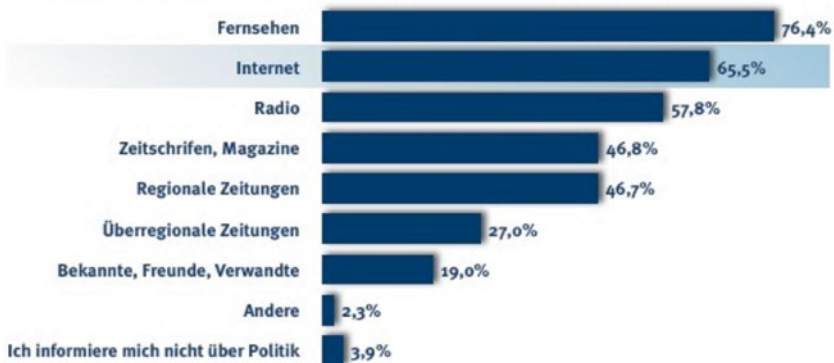


Abb. 2.1 Die wichtigsten Ziele der Social Media-Nutzung. (Quelle: mcminstitute Institut für Medien- und Kommunikationsmanagement (2013). Politiker im Netz. Treiber und Hürden der Social Media-Nutzung unter Bundes- und Landtagsabgeordneten. Abschlussbericht. In: isprat.net, 1. Auflage, 07. 2013. Online unter: http://isprat.net/fileadmin/downloads/projektabschlussberichte/ISPRAT_Abschlussbericht_Politiker_im_Netz.pdf, zuletzt besucht am 12.12.2014)

Internet ist neben TV wichtigste Politik-Informationsquelle

Von Online-Nutzern bevorzugte Quellen für politische Informationen



28. WWW-Benutzer-Analyse W3B, April/Mai 2009
 Basis: Deutsche Internet-Nutzer im Alter ab 18 Jahre
 Mehrfachnennungen möglich

Abb. 2.2 Screenshot von Online-Nutzern bevorzugte Quellen für politische Informationen. (Quelle: Internet ist neben TV wichtigste Politik-Informationsquelle. Von Online-Nutzern bevorzugte Quellen für politische Informationen. 28. WWW-Benutzer-Analyse W3B, 04/05 2009. In: www.w3b.org, Fittkau & Maass Consulting 2009. Online unter: <http://www.w3b.org/nutzungsverhalten/viele-wahlentscheidungen-fallen-im-netz-partei-web-sites-haben-aufholbedarf.html>, zuletzt besucht am 11.12.2014)

Das World Wide Web hat sich zu einer zentralen Quelle für politische Information entwickelt. Ganze zwei Drittel (66 %) der deutschen wahlberechtigten Online-Nutzer nutzen laut einer W3B-Studie vom April/Mai 2009 (Internet ist zentrale Quelle für politische Informationen 2009) das Internet, um sich über Politik zu informieren (Abb. 2.2). Damit liegt das Internet für politische Informationsquelle auf Platz zwei gleich hinter dem Fernsehen (76 %).

Nur 4 % der deutschen Internet-Nutzer im Alter ab 18 Jahre gaben an, sich gar nicht über Politik und Politiker zu informieren.

Jeder dritte deutsche Internet-Nutzer (33 %) gab im Vorfeld der Bundestagswahl 2009 an, sich im Internet über die bevorstehende Wahl über Parteien bzw. Parteiprogramme informieren zu wollen. Besonders interessant: Nahezu jeder Vierte (24 %) wollte der Studie zufolge versuchen, per Internet detaillierte persönliche Informationen über Politiker zu erhalten. Immerhin jeder Zehnte (10 %) ging davon aus, dass das Internet einen wesentlichen Einfluss auf seine Wahlentscheidung haben werde.

Parteieigene Webauftritte spielten hierbei eine eher nachrangige Rolle. Mit großem Abstand führten Web Sites von Zeitungen, Zeitschriften und Fernsehsendern

Medien-Web Sites sind wichtiger als Parteien-Web Sites

Ranking der genutzten Online-Informationsquellen zum Thema Politik



28. WWW-Benutzer-Analyse W3B, April/Mai 2009

Basis: Deutsche Internet-Nutzer im Alter ab 18 Jahre, die das Internet für politische Informationen einsetzen; Mehrfachnennungen möglich

Abb. 2.3 Screenshot meistgenutzte Online-Informationsquellen. (Quelle: Internet ist neben TV wichtigste Politik-Informationsquelle. Von Online-Nutzern bevorzugte Quellen für politische Informationen. 28. WWW-Benutzer-Analyse W3B, 04/ 05 2009. In: www.w3b.org, Fittkau & Maass Consulting 2009. Online unter: <http://www.w3b.org/nutzungsverhalten/viele-wahlentscheidungen-fallen-im-netz-partei-web-sites-haben-aufholbedarf.html>, zuletzt besucht am 11.12.2014)

die Rangliste der meistgenutzten Internet-Informationsquellen an. Jeder zweite wahlberechtigte Internet-Nutzer, der im Internet politische Informationen suchte, besuchte Online-Angebote von Zeitungen und Zeitschriften. Die Websites der einschlägigen Fernsehanstalten wurden von 20% bis 40% der Nutzer frequentiert. Nur jeder zehnte wahlberechtigte deutsche Internet-Nutzer gab an, Webauftritte politischer Parteien als politische Informationsquelle zu nutzen. Gleiches gilt für die Internet-Seiten der Bundesregierung, die von nur 12% der Befragten frequentiert wurden (vgl. Abb. 2.3).

Abgeschlagen am Ende des Rankings finden sich Soziale Netzwerke wie Facebook und Twitter mit nur 1% Nutzung. Diese Zahlen dürften einerseits daher rühren, dass die Umfrage aus dem Jahr 2009 stammt und Twitter noch weniger etabliert war als dies aktuell der Fall ist.

Der „Hamburger Wahlbeobachter“ Martin Fuchs (www.hamburger-wahlbeobachter.de) hat sich Mitte 2013 im Auftrag des Verbandes BITKOM daran gemacht, sämtliche Bundestagsabgeordneten mit Hilfe des Social-Media-Analyse-Portals Pluragraph.de (Pluragraph 2013) auf ihre Social Media-Nutzung hin zu untersuchen (Fuchs 2013).

Die Ergebnisse (Stand 11. Juli 2013) zeigen eine enorme Präsenz der Mitglieder des Bundestages in sozialen Medien:

Insgesamt nutzten 90 % der Bundestagsabgeordneten soziale Netzwerke. 328 der zum damaligen Zeitpunkt 620 Abgeordneten führten einen eigenen Twitter-Account. Dies entspricht 52,9 % der Bundestagsabgeordneten. 515 der 620 Abgeordneten hatten ein eigenes Facebookprofil, 83 % der Bundestagsabgeordneten waren zum Erhebungszeitpunkt bei Facebook angemeldet. 353 von 620 Abgeordneten nutzten ein persönliches Profil, 56,9 % kommunizierten über private Profile. 309 von 620 Abgeordneten (49,8 %) unterhielten eine Fanseite, der Bundestagsabgeordneten haben sich für die Nutzung einer Seite entschieden. 283 der 620 Abgeordneten hatten einen eigenen YouTube-Account. Dies entspricht 45,6 % der Bundestagsabgeordneten.

Eine Grafik vom Oktober 2013 auf statista.com nach den Wahlen zum Bundestag 18. Bundestag 2013 zeigt, dass sogar 95 % der nunmehr 631 Parlamentarier soziale Netzwerke nutzen (Abb. 2.4):

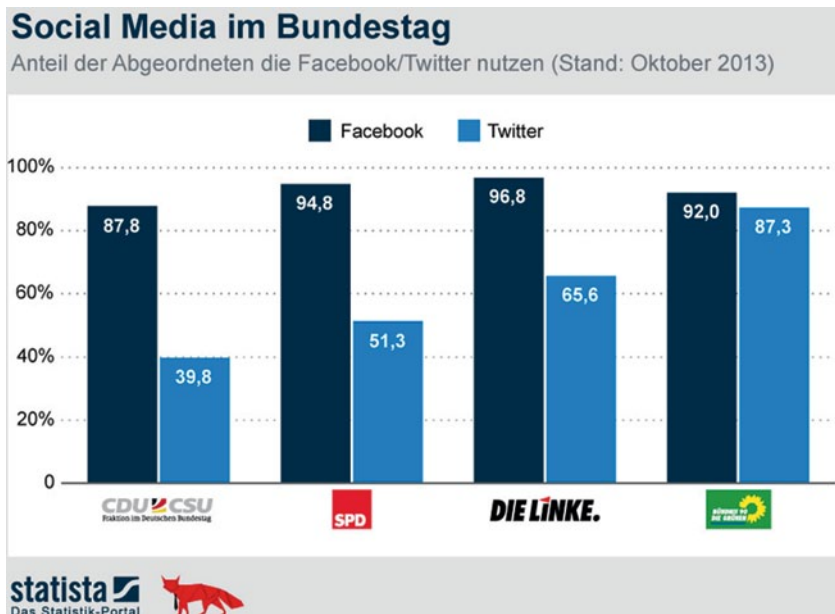


Abb. 2.4 Screenshot Statistik Social Media im Bundestag. (Quelle: Brandt, Mathias (2013). Social Media im Bundestag. Anteil der Abgeordneten, die Facebook/Twitter nutzen (Stand Oktober 2013). In: statista.com, 24. 10. 2013. Online unter: <http://de.statista.com/infografik/1276/social-media-nutzung-von-bundestagsabgeordneten/>, zuletzt besucht am 04.12.2014)

Zu beachten ist, dass es sich bei diesen Zahlen lediglich um eine rein quantitative Analyse handelt, die nichts über die Qualität der Netzpräsenz der betreffenden Politiker aussagt.

Was die Güte der Internet-Bemühungen betrifft, kommt „Wahlbeobachter“ Fuchs zu einem eher niederschmetternden Ergebnis: „Schätzungsweise machen es 10–15% der Politiker im Bundestag richtig!“ (Fuchs 2013a). Eine Zahl, die zu denken geben sollte. Und die zeigt: Präsenz alleine genügt nicht. Entscheidend ist, in einen Dialog mit dem Bürger zu treten, der auf Augenhöhe stattfindet und die Belange der Wähler ernst nimmt. Durch die Dynamik des Internets und der Sozialen Netzwerke entwickelt jedes anderweitige Verhalten schnell eine unerwünschte Eigendynamik.

So bemängelt der Blogger „Borgdrone“, der SPD-Politiker und aktuelle Außenminister Frank-Walter Steinmeier habe mehrere seiner Kommentare auf Google + willkürlich gelöscht und, nachdem er auf diesen Missstand hingewiesen habe, für beide Netzwerke gesperrt. Die gelöschten Kommentare: „Herr Gysi war aber besser als Sie“ und „Hier werden ja Kommentare gelöscht. Ist das Ihre Form von Dialog mit dem Volk?“

„Feiner Mann, Feiner Zug, Feine Politik. Was machen sie eigentlich auf einem sozialem Netzwerk, Herr Steinmeier? Das ist nicht wie in der Politik, hier gibt es einen wirklichen Dialog“ kommentiert „Borgdrone“ in seinem Blog (Borgdrone 2013). Die Sperrung kommentiert er mit: „Mittlerweile bin ich auf dem Profil von Frank-Walter Steinmeier gesperrt worden und kann keine Kommentare mehr abgeben. So geht wohl vermeintlich deren Demokratie.“ (Borgdrone 2013; Abb. 2.5).

In einem weiteren Blogbeitrag erläutert „Borgdrone“, wie sich die Löschung von Kommentaren in ähnlicher Form im Sozialen Netzwerk Facebook wiederholt und dokumentiert anhand von Screenshots, dass ausschließlich kritische Kommentare gelöscht wurden, positive Beiträge jedoch durchweg unangetastet blieben (Borgdrone 2013a).

Die Eingabe der Suchbegriffe „Steinmeier löscht Kommentare“ in die Suchmaschine Google ergibt 135.000 Treffer. Ausgelöst hauptsächlich durch den Blog einer einzelnen Person. Ein eindrückliches Beispiel dafür, wie schnell in der heutigen Zeit negative Nachrichten ein Eigenleben entwickeln können und den guten Ruf wenn nicht nachhaltigen beschädigen, dann doch zumindest ankratzen können. Das Wie und Warum, die Frage, ob ein Verhalten begründet ist oder nicht – diese Fragen treten angesichts solch dynamischer medialer Prozesse schnell in den Hintergrund.

Auffällig ist auch, dass im angeführten Beispiel mehrmals herausgestellt wird, dass nicht Steinmeier persönlich, sondern eigens hierfür zuständiges Personal die Löschungen und Sperrungen vorgenommen hat – nicht nur nicht auszuschließen,

7 SEP Frank-Walter Steinmeier löscht sich Kommentare auf G+ schön

POSTED BY BORGDRONE / BUNTWÄSCHE



Nachdem Herr Steinmeier sich auf Google+ von einem Team vertreten lässt und somit der Hauptteil seines Profils von "Personal" bedient wird, lässt er oder das "Personal" schon mal den einen oder anderen Kommentar löschen.

Gerade eben Postete er seinen Auftritt im Bundestag, welcher auf Youtube als Video vorliegt. Auf diesen Beitrag konnte ich nur mit "Blub" antworten. **Gelöscht!**

Ein weiterer Kommentar folgte sinngemäß mit: "Herr Gysi war besser als Sie". **Gelöscht!**

Diesmal schrieb ich: "Hier werden ja Kommentare gelöscht. Ist das ihre Form von Dialog mit dem Volk?". **Gelöscht!**

Abb. 2.5 Screenshot Blog-Post Frank Walter Steinmeier löscht sich Kommentare auf G+ schön. (Borgdrone (2011). Frank-Walter Steinmeier löscht sich Kommentare auf G+ schön. In: waschtrommler.org, 7. 09. 2012. Online unter: <http://waschtrommler.org/2011/09/07/frank-walter-steinmeier-lscht-sich-kommentare-auf-g-schn/>, zuletzt besucht am 04.12.2014)

sondern sogar wahrscheinlich, dass Steinmeier selbst von diesen Vorgängen überhaupt nichts wusste. Ein Grund mehr, sich nicht auf einen beliebigen Dienstleister zu verlassen, sondern auf einen professionellen Partner, der sein Geschäft versteht.

Ternès & Runge (2014) stellen fest

„Planlose Politiker auf Facebook“ betitelt Markus Bauer (2011) einen Artikel über das Facebook-Nutzungsverhalten deutscher Politiker. Er ist der Ansicht, dass die Mehrheit der deutschen Politiker ein großes Entwicklungspotenzial hat, Facebook im Hinblick auf potentielle Wähler als strategische Kommunikationsplattform zu verwenden. Wer in sozialen Netzwerken authentisch wirkt, kann hier Sympathien erwerben und Vertrauen aufbauen, die sich in das „reale Leben“ übertragen lassen. Diese Ansicht vertreten zahlreiche journalistische Beiträge zu dem Thema (beispielsweise Stolz 2011).

Die einmalige Chance, die sich hier bietet, wird leider oftmals nicht genutzt. Das Netz ist voll von Beispielen für schlechte Online-Arbeit von Politikern.

Soziale Netzwerke laden geradezu zur Blamage ein: „FDP-Brüderle nennt mich ‚Zwitscherkönig‘ – vom Zwitschern versteht der sicher mehr als vom Twitter....)“ pöbelte der SPD-Vorsitzende Sigmar Gabriel den damaligen FDP-Fraktionschef an. Erstaunlich viele Politiker benehmen sich im Netz, als säßen sie in „Waldis EM-Club“ (Alexander 2012).

Der Stern (Noffke 2013) titelt sogar: „Politiker und Twitter. Ein Fettnäpfchen mit 140 Zeichen.“ Die Webseite politwoops (<http://www.politwoops.de/>) dokumentiert Tweets von Politikern, die kurz darauf wieder gelöscht wurden. Die Rücknahme einer unbedachten Äußerung im Netz: So gut wie unmöglich. Zwar weiß jeder, was gemeint sein muss, wenn Regierungssprecher Steffen Seibert „Obama“ statt „Osama“ schreibt – peinlich ist ein solcher Vertipper trotzdem (Die zehn größten Politiker-Pannen auf Twitter und Facebook 2012). Ein Paradebeispiel, wie man es nicht machen sollte, lieferte NRW-Schulministerin Sylvia Löhrmann (Grüne). Sie nahm die Freundschaftseinladung ihr unbekannter Personen an, die sie daraufhin ohne ihr Wissen zum Mitglied einer Gruppe machten, die für Sportwetten im Internet wirbt. Ganz entgegen der Grünen-Parteilinie. Als Löhrmann von der ZDF-Redaktion auf diesen Umstand angesprochen wurde, trat sie aus der Gruppe aus (Die zehn größten Politiker-Pannen auf Twitter und Facebook 2012).

Man muss nicht auf Bundesebene agieren, um über einen Facebook-Beitrag zu stolpern. Daniel Rousta war verantwortlich für den Wahlkampf der SPD in Baden-Württemberg. Hauptberuflich war er jedoch Ministerialdirektor im Stuttgarter Finanz- und Wirtschaftsministerium. In seinem Facebook-Account ließ er sich negativ über die FDP aus: „Netter kleiner ‚Shitstorm‘ der da gerade über die FDPisser hereinbricht“, postete er dort. Wenige Tage später unterrichtete er seine Fans, dass er gefeuert worden sei (Die zehn größten Politiker-Pannen auf Twitter und Facebook 2012).

Ein ähnlich gelagertes aktuelles Beispiel zeigt deutlich, wie schnell eine einzige unbedachte Äußerung auf Facebook eine vielversprechende Karriere beenden kann.

So geriet Elizabeth Lauten, (mittlerweile Ex)-Pressesprecherin eines republikanischen US-Abgeordneten, an Thanksgiving 2014 in arge Bedrängnis, als Sie sich in ihrem Facebook-Account wenig freundlich über die Obama-Töchter Sasha und Malia äußerte (Stilllose Teenager: Republikanerin beleidigt Obama-Töchter 2014).

Auf Facebook kommentierte Lauten den ihrer Ansicht nach respektlosen Auftritt der beiden Teenie-Schwestern bei der traditionellen Thanksgiving-Truthahn-Begnadigung durch den Präsidenten mit den Worten: „Versucht, ein wenig Klasse zu zeigen. Zeigt Euch der Aufgabe gewachsen und handelt so, als würde es Euch etwas bedeuten, im Weißen Haus zu sein.“ Zudem empörte sich über die relativ kurzen Kleider der Präsidenten-Töchter: „Zieht Euch so an, dass Ihr Respekt verdient, und nicht einen Blick an der Bar.“

Abb. 2.6 Screenshot Facebook-Eintrag von Elizabeth Lauten vom 30. 11. 2014. (Elizabeth Lauten (2014). Facebook Eintrag vom 30. 11. 2014. In: facebook. com 30. 11. 2014. Original gelöscht, online unter: <http://www.zeit.de/gesellschaft/zeitgeschehen/2014-12/elisabeth-lauten-ruecktritt-obama-toechter>, zuletzt besucht am 11.12.2014)



Elizabeth Lauten

9 hours ago ·

Dear Sasha and Malia, I get you're both in those awful teen years, but you're a part of the First Family, try showing a little class. At least respect the part you play. Then again your mother and father don't respect their positions very much, or the nation for that matter, so I'm guessing you're coming up a little short in the "good role model" department. Nevertheless, stretch yourself. Rise to the occasion. Act like being in the White House matters to you. Dress like you deserve respect, not a spot at a bar. And certainly don't make faces during televised, public events.

Die Arme vor der Brust verschränkt und sichtlich gelangweilt hatten die beiden Mädchen der Zeremonie beigewohnt. Als Obama seiner jüngeren Tochter Malia anbot, den frisch begnadigten Truthahn zu streicheln, lehnt diese mit leicht angewidertem Gesichtsausdruck ab. Viele Beobachter hatten dieses Verhalten belächelt und als typisches Pubertätsverhalten abgetan. Nicht so Frau Lauten: Sie nutzte die Gelegenheit, um zu politisieren: „Auch Euer Vater und Eure Mutter respektieren Ihre Position und unsere Nation nicht, also fehlt es Euch wohl an einem guten Vorbild.“ (Abb. 2.6).

Für ihre Äußerung erntete sie einen Shitstorm unerwarteten Ausmaßes und massenweise Rücktrittsfordernungen. Eine Facebook-Seite der Lauten-Hasser entstand, und unter dem Hashtag #FireElizabethLauten forderten bei Twitter unzählige User den Rücktritt der Pressesprecherin. Zu allem Überfluss machten Partyfotos von Lauten die Runde, die sie leicht angesäuselt mit einer Bierflasche im Mund zeigten. „Ja, Amerika, das ist die Person, die Sasha und Malia Obama gesagt hat, sie sollen ein wenig Klasse zeigen“, lautete die Überschrift (Abb. 2.7).

Ein solches oder ähnliches Foto dürfte wohl über so gut wie jeden im Umlauf sein, der irgendwann einmal eine Schule oder Universität besucht hat. Aber niemand möchte einen solchen Schnappschuss von sich im Internet finden – als Allgemeinut, das niemals wieder verschwinden und den Abgebildeten auf ewig verfolgen wird. Selbst wenn es gelingen sollte, juristisch gegen die Veröffentlichung vorzugehen – das Internet vergisst nicht. Alle Screenshots und Verlinkungen auszumerzen wäre ein nahezu hoffnungsloses Unterfangen.

Abb. 7. 7 Screenshot Partyfoto Elizabeth Lauten, #FireElizabethLauten. (Quelle: #FireElizabethLauten (2014). Hashtag auf Twitter.com, 11/12 2014. Online unter: <https://twitter.com/hashtag/FireElizabethLauten>, zuletzt besucht am 12.12.2014)



Angesichts der extremen Empörungswelle versuchte Lauten umgehend, den Schaden zu begrenzen. Sie löschte ihren (mittlerweile massenhaft kopierten) Post und entschuldigte sich noch am selben Tag öffentlich: „Nach vielen Stunden des Gebets, nachdem ich mit meinen Eltern gesprochen und meine Worte online noch einmal gelesen habe, sehe ich nun viel klarer, wie verletzend meine Worte waren.“ Sie wollte sich bei allen Betroffenen entschuldigen und verspreche Besserung. „Ich werde aus dieser Erfahrung lernen und an ihr wachsen.“ (Lauten 2014a; Abb. 2.8).

Der Versuch der Schadensbegrenzung nützte nichts. Am 01.12.2014 trat Lauten von ihrem Posten zurück (Elizabeth Lauten. Pressesprecherin tritt nach Kommentar über Obamas Töchter zurück 2014). Ein umsichtiger, vorausschauender Umgang mit ihrem Facebook-Account und mehr generelles Bewusstsein für die Gefahren sozialer Netzwerke hätten Elizabeth Lauten vielleicht den Job retten können.

Jedoch: Präsenz und professioneller Inhalt alleine genügt nicht – zu einem professionellen Auftritt im Netz gehören daneben auch eher technische Aspekte. Suchmaschinenoptimierung (Keywords) geschickte Platzierung und Profilierung im Netz zur Erschließung neuer Wählergruppen, regelmäßiges Monitoring der persönlichen Online-Reputation, gezieltes Monitoring relevanter politischer Diskussionen, Beobachtung der politischen Opposition und Konkurrenten in der eigenen Partei, Beseitigung nicht zutreffender und überholter Webinhalte sowie die gewissenhafte Prüfung der Social Media-Kanäle auf Reputationsrisiken wie



Abb. 2.8 Entschuldigung Elizabeth Lauten auf Facebook vom 30. 11. 2014. (Quelle: Elizabeth Lauten (2014a). Facebook Eintrag vom 30.11.2014, 18.22 Uhr. In: facebook.com, 30.11.2014. Original gelöscht, online unter: http://a.abcnews.com/images/US/HT_elizabeth_lauten_1_jtm_141129_4x3_992.jpg, zuletzt besucht am 11.12.2014)

Fake-Follower sind nur einige der Maßnahmen, die ergriffen werden können, um den guten Ruf im Netz nachhaltig zu stärken und zu schützen und ein authentisches Selbstbild im Netz zu zeichnen. Ein professioneller, gewissenhafter Partner an der Seite kann hier Wunder wirken.

2.2 Beispiele aus der Praxis

Plagiat-Affären Kaum jemand beherrschte das Prinzip Social Media so virtuos wie der frühere Wirtschafts- und Bundesverteidigungsminister Karl-Theodor zu Guttenberg. Er ist das Parade-Beispiel eines Politikers der Online-Generation – neben klassischen Kommunikationskanälen nutzt resp. nutzte er gekonnt Social Media für seine Selbstdarstellung.

Als im Februar 2011 in der Öffentlichkeit bekannt wurde, dass seine Doktorarbeit Plagiate enthält, dementierte der Politiker und rechtfertigte sich mit emotionalen Stellungnahmen in den Medien.

„Der Vorwurf, meine Doktorarbeit sei ein Plagiat, ist abstrus.“ Erklärte Guttenberg am 16. Februar 2011 in Berlin. Er sei „gerne bereit zu prüfen, ob bei über 1200 Fußnoten und 475 Seiten vereinzelt Fußnoten nicht oder nicht korrekt gesetzt sein sollten und würde dies bei einer Neuauflage berücksichtigen“. Fußnoten-Streit: Dr. Guttenberg nennt Plagiatsvorwürfe abstrus (2011). „Sollte jemand auf die Idee kommen zu behaupten, Mitarbeiter meiner Büros hätten an der wissenschaftlichen Erarbeitung meiner Dissertation mitgewirkt, stelle ich fest: Dies trifft nicht zu. Die Anfertigung dieser Arbeit war meine eigene Leistung.“ (Offenbar für Doktorarbeit abgeschrieben. Plagiatsvorwurf gegen Dr. jur. Guttenberg 2011). Fraglos enthalte seine Dissertation Fehler, räumte zu Guttenberg am 18.02.2011 unangekündigt gegenüber ausgewählten Journalisten ein – während das Gros der Hauptstadtjournalisten vergeblich in der Bundespressekonferenz auf ihn wartete (Pressekonferenz. Wie Guttenberg die Journalisten vorführte 2011). Seine Dissertation sei jedoch kein Plagiat. Zu keinem Zeitpunkt habe er bewusst getäuscht oder bewusst die Urheberschaft nicht kenntlich gemacht. Die Prüfung der Fehler obliege der Universität Bayreuth. „Ich werde selbstverständlich aktiv mithelfen festzustellen, inwiefern darin ein wissenschaftliches, ich betone ein wissenschaftliches Fehlverhalten liegen könnte. Und ich werde gerne bis zum Ergebnis dieser Prüfung vorübergehend, ich betone vorübergehend, auf das Führen des Titels verzichten, allerdings nur bis dahin, anschließend würde ich ihn wieder führen.“ (Guttenbergs Stellungnahme im Wortlaut 2011). Am 21. Februar 2011 bat Guttenberg die Universität Bayreuth brieflich um Rücknahme seines Doktorgrades.

Dutzende Passagen hat zu Guttenberg nachweislich bei anderen Autoren abgeschrieben. Die kopierten Stellen waren oftmals nicht als solche gekennzeichnet.

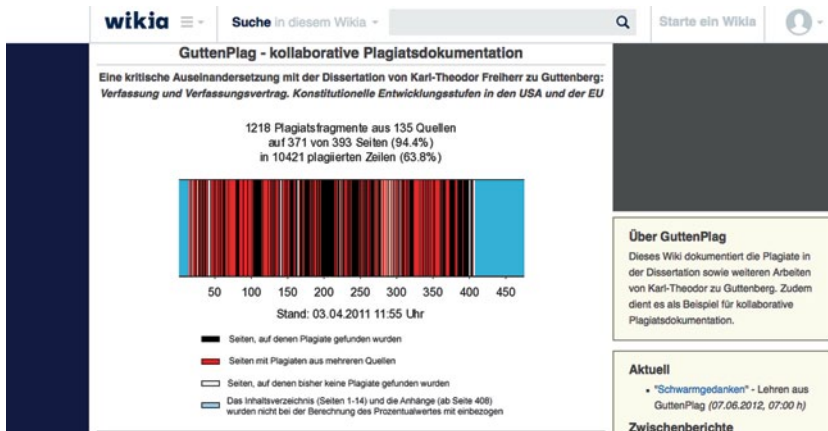


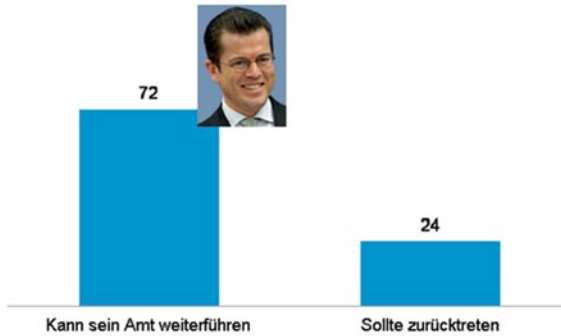
Abb. 2.9 GuttenPlag – Dokumentation der Plagiate. (Quelle: GuttenPlag – kollaborative Plagiatsdokumentation (2011). In: GuttenPlag Wiki, Stand 03. 04. 2011. Online unter: http://de.guttenplag.wikia.com/wiki/GuttenPlag_Wiki, zuletzt besucht am 12.12.2014)

Eine große Gruppe Plagiatsjäger unter Führung des Bremer Juraprofessors Andreas Fischer-Lescano trug mehr und mehr Fundstellen zusammen, nachdem ein Jura-Professor erste plagierte Stellen dokumentiert und öffentlich gemacht hatte (Abb. 2.9). Auch der daraufhin eingesetzte Untersuchungsausschuss der Universität Bayreuth urteilte, zu Guttenberg habe absichtlich plagiiert (Greiner und Trenkamp 2012).

Das zögerliche und ausweichende Verhalten zu Guttenbergs auf die erhobenen Vorwürfe wurde von zahlreichen Personen als Unehrlichkeit und Vertrauensbruch bewertet. Der Hoffnungsträger enttäuschte. Die Volksseele begehrte auf. Von der hohen Emotionalität, mit der man sich mit dem Politiker auseinandersetzte, zeugen 42 Facebook-Gruppen mit Titeln wie „Guttenberg muss weg“. Die öffentliche Meinung war von Emotionalität geprägt und fokussierte sich auf die Plagiatsaffäre. Bisherige Leistung, der bis dato vorhandenen Hype um seine Person, die enorme Beliebtheit im Volk – all dies zählte plötzlich nicht nur nicht mehr, sondern führten sogar zu einer Verschärfung der Lage. Wer hoch steigt, kann auch tief fallen. Rationale Argumente unter Berücksichtigung von zu Guttenbergs bisherigen Leistungen als Politiker fanden keine Beachtung mehr (Beispielsweise Fries 2011; Krauel 2011).

Zwar fand noch Ende Februar 2011 jeder vierte Bundesbürger, die Plagiats-Affäre sei kein Grund für einen Rücktritt trotz Plagiat: Zu Guttenberg ist beim Volk beliebter als zuvor (2011).

hart aber fair: Karl-Theodor zu Guttenberg Rücktritt zu Guttenbergs nach Plagiatsvorwürfen?



Frage: Zu Guttenberg hat eingeräumt, in seiner Doktorarbeit Texte anderer Autoren verwendet zu haben, ohne dies zu kennzeichnen und angekündigt, daher seinen Dokortitel zurückzugeben. Was meinen Sie: Ist dieser Schritt ausreichend und Guttenberg kann sein Amt als Verteidigungsminister weiterführen? Oder reicht es nicht, lediglich den Dokortitel zurückzugeben, und Guttenberg sollte zurücktreten?

Grundgesamtheit: Wahlberechtigte Bevölkerung in Deutschland / Angaben in Prozent
Weiß nicht / keine Angabe: 4

Infratest dimap
Karl-Theodor zu Guttenberg aus Sicht der Bevölkerung – 5

Abb. 2.10 Beliebtheit zu Guttenbergs nach Bekanntwerden der Plagiatsaffäre. (Quelle: Guttenberg beliebter als vor Plagiatsaffäre. 72 % wünschen sich, das er weiter im Amt bleibt. In: Infratest dimap, Umfrage für Hart aber Fair, 02/2011. Online unter: <http://www.infratest-dimap.de/umfragen-analysen/bundesweit/umfragen/aktuell/guttenberg-beliebter-als-vor-plagiatsaffaere-72-prozent-wuenschen-sich-dass-er-weiter-im-amt-blei/>, zuletzt besucht am 12.12.2014)

Auch Infratest kam mit einer Umfrage zu einem ähnlich günstigen Ergebnis für zu Guttenberg (Abb. 2.10).

Andere Medien kamen hingegen durchweg zu anderen Ergebnissen (Abb. 2.11).

Insbesondere die Leser überregionaler Zeitungen stimmten mit teils erheblicher Mehrheit für einen Rücktritt zu Guttenbergs.

Selbst die positive Berichterstattung der von Beginn an besonders Guttenberg-freundlichen „Bild“ – Zeitung vermochte hiergegen nichts auszurichten. „Ja, wir stehen zu Guttenberg!“ titelte die Zeitung am 24.02.2011 (Umfragen: Bild.de-Leser revoltieren gegen Guttenberg 2011). Schon gleich zu Beginn seiner steilen Karriere hatte die Zeitung zu Guttenberg besonders freundlich behandelt. Als „Popstar der Politik“ bezeichnete der frühere Chefredakteur der „Bild am Sonntag“, Michael Spreng, zu Guttenberg noch Ende Februar (Spreng 2011). Der Verteidigungsminister sei der erste „Popstar“ der Politik. Und Fans blieben ihrem Idol nun mal

Votes zu Guttenberg

	Guttenberg soll zurücktreten*	Guttenberg soll bleiben*	weiß nicht/egal*
sueddeutsche.de	81	19	
FAZ.net	74	26	
Tagesspiegel.de	74	26	
Spiegel.de	70	25	5
Abendblatt.de	69	31	
RTL.de	65	35	
Focus.de	64	36	
WDR	60	40	
Bild.de	55	36	
Brigitte.de	55	39	5
Radio Köln	53	39	9
SWR3.de	45	55	
Infratest dimap (für "Hart aber fair")	24	72	
Bild (Fax-Umfrage)	13	87	
Stichprobe am 24.2.2011 um 15 Uhr			
* in Prozent			

Abb. 2.11 Votes zu Guttenberg in diversen Printmedien. (Quelle: Votes zu Guttenberg. In: Umfragen: Bild.de-Leser revoltieren gegen Guttenberg (2011), Spiegel Online, 24.02.2011. Online unter: <http://www.spiegel.de/politik/deutschland/umfragen-bild-de-leser-revoltieren-gegen-guttenberg-a-747445.html>, zuletzt besucht am 12.12.2014)

treu, egal in welche Skandale es gerate (Kassel 2011). Eine Telefonumfrage unter den Lesern der Printausgabe ergab tatsächlich eine Mehrheit von satten 87 %, die sich für einen Verbleib im Amt aussprach – die Leser der Online-Ausgabe bild.de hingegen demontierten dieses Ergebnis und stimmten mehrheitlich (55 %) für einen Rücktritt des Ministers (Umfragen: Bild.de-Leser revoltieren gegen Guttenberg 2011, vgl. Abb. 2.3).

Nach gut zwei Wochen gab es keine Rettung mehr: Am 01.03.2011 trat zu Guttenberg von seinem Ministeramt zurück. „Es ist mir nicht mehr möglich, den

in mich gesetzten Erwartungen gerecht zu werden. [...] Ich war immer bereit zu kämpfen, aber ich habe die Grenzen meiner Kräfte erreicht.“ (Die Rücktrittserklärung Guttenbergs im Wortlaut 2011).

In der Affäre zeigt sich deutlich der wachsende Einfluss sozialer Medien. Nicht zuletzt ist erkennbar, wie schnell die Geschehnisse im Netz eine Eigendynamik ins Rollen bringen können, die sich nicht mehr aufhalten lässt. Kein anderes Medium hätte es vermocht, die Schwachstellen der Doktorarbeit derart anschaulich offenzulegen. Kein anderes Medium hätte eine derart komplexe und vor allem schnelle Diskussion und Kommunikation der Inhalte ermöglicht.

Dem Vorbild von GuttenPlag Wiki folgten weitere im Internet organisierte öffentliche Plagiatssuchen in akademischen Arbeiten wie etwa VroniPlag (2011–2014), das die Promotion von Stoiber-Tochter Veronika ins Visier nahm und diese im Mai 2011 ihren Dokortitel kostete (VroniPlag Wiki. Stoiber-Tochter Veronika Saß verliert Dokortitel 2011). Zahlreiche Politiker gerieten in Verdacht, abgeschrieben zu haben, darunter die FDP-Politikerin Silvana Koch-Mehrin, deren Dokortitel am 15. Juni 2011 vom Promotionsausschuss der Universität Heidelberg aberkannt wurde, was per Gerichtsurteil vom 04.03.2013 als gerichtlich bestätigt wurde. Silvana Koch-Mehrin täuschte mit 125 Plagiaten auf 80 Seiten 2013. Sogar eine für seine besondere Integrität geschätzte Personen wie Norbert Lammert wurde von einem anonymen Plagiatsjäger namens „Robert Schmidt“ auf der Internetpräsenz „Lammertplag“ (Lammertplag 2011–2013) vorgeworfen, „einen erheblichen Teil“ der in seiner Doktorarbeit als verwendet angegebenen Literatur „ganz offenbar nicht gelesen“ zu haben. Auf 42 Seiten der Arbeit seien Unregelmäßigkeiten zu finden, befand „Schmidt“ (Trenkamp 2013). Die Uni Bochum stellte das aufgrund der Vorwürfe eingeleitete Verfahren gegen Lammert Ende 2013 ein. Lammert habe nicht getäuscht, die Arbeit enthalte lediglich handwerkliche Schwächen (Plagiatsvorwurf: Uni Bochum stellt Verfahren gegen Lammert ein 2013).

Weniger glimpflich davon kam Bildungsministerin Annette Schavan- und das, obwohl auch sie im Vergleich zu Guttenberg oder Koch-Mehrin eher unter der Rubrik „handwerkliche Schwächen“ einzuordnen sein dürfte.

Schavan wurde im Mai 2012 von „Robert Schmidt“ anonym ins Visier genommen. Er warf ihr vor, auf 92 der 351 Seiten ihrer Promotion Stellen aus „nicht oder nicht ausreichend“ kenntlich gemachten Quellen übernommen zu haben. Stefan Rohrbacher von der Universität Düsseldorf, der Schavans Arbeit daraufhin begutachtete, warf Schavan eine „leitende Täuschungsabsicht“ vor und bemängelt insgesamt 60 Stellen. Die Ministerin habe an vielen Stellen nicht deutlich gemacht, wie stark sie sich bei Sekundärliteratur bedient habe. Einige der angegebenen Originalquellen habe sie offenbar gar nicht gelesen. Der Vorwurf ist meist nicht, dass

Schavan ihre Quellen komplett verschweigt, sondern dass sie oft nicht deutlich macht, wie viel sie übernommen hat (Greiner und Trenkamp 2012).

Schavan verfasste ihre Promotion Ende der 70er Jahre unter im Vergleich zu heutigen Standards erheblich erschwerten Bedingungen – jede zitierte Quelle musste in der Bibliothek nachgeschlagen werden, für die Abschrift stand lediglich die Schreibmaschine zur Verfügung. Viele Wissenschaftler sehen ihre Dissertation daher als „Grenzfall“ (Greiner und Trenkamp 2012). Es ist darum gut möglich uns sogar wahrscheinlich, dass Schavans Promotion niemals ins Visier von Plagiatsjägern geraten wäre- hätte sie nicht durch ihre offene und vernichtend formulierte Empörung gegenüber zu Guttenberg für Schlagzeilen gesorgt: „Als jemand, der selbst vor 31 Jahren promoviert hat und in seinem Berufsleben viele Doktoranden begleiten durfte, schäme ich mich nicht nur heimlich für Guttenberg“, sagte Annette Schavan (CDU) am 28.02.2011 in einem Interview mit der „Süddeutschen Zeitung“, nachdem die Universität Bayreuth dem CSU-Shootingstar den Doktorgrad aberkannt hatte und einen Tag, bevor Guttenberg von allen politischen Ämtern zurücktrat. Raubkopien seien kein Kavaliersdelikt („Ich schäme mich nicht nur heimlich“. Annette Schavan kritisierte einst Plagiator Guttenberg 2013). Sicher, als Bildungsministerin war ihr Verantwortungsbereich vom Fall Guttenberg betroffen. Eine derart stark formulierte Kritik kann in der digitalisierten Welt von heute jedoch nicht ohne Folgen bleiben. Es war nur eine Frage der Zeit, bis Neider und Kritiker auf den Plan traten – und eine grenzwertige Promotion, die im Normalfall wohl niemals Beachtung gefunden hätte, zum Fallstrick einer vielversprechenden Karriere wurde.

Umfang und Eindeutigkeit der Täuschungen im Fall zu Guttenberg gehen deutlich über das hinaus, was bei Schavan kritisiert wurde (Greiner und Trenkamp 2012). Im Ergebnis spielte dieser an sich erhebliche Unterschied aber keine Rolle: Auch Schavan verlor ihren Posten. Am 5. Februar 2013 stellte der Fakultätsrat der Heinrich Heine Universität Düsseldorf mit 13 Ja-Stimmen bei zwei Enthaltungen den „Tatbestand einer vorsätzlichen Täuschung durch Plagiat“ fest. Am 09.02. 2013 stellte Schavan ihr Amt zur Verfügung (Bildungsministerin Schavan erklärt ihren Rücktritt 2013).

Die offensichtliche Gefahr hierbei: Allein der Verdacht des Plagiats ist zur Waffe geworden, wie der Fall Lammert eindrücklich zeigt. Die Frage, ob es hinnehmbar ist, dass anonyme Hinweisgeber auf diese Art im Schutze des www. Karrieren zerstören, sieht zumindest die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG) kritisch. Gezielt streuen bisweilen Konkurrenten das Gerücht, mit einer Dissertation stimme etwas nicht – gerne gerade dann, wenn Berufungsverfahren oder Beförderung anstehen.



Abb. 2.12 Screenshot Brüderle-Porträt im Stern. (Quelle: Himmelreich, Laura (2013). Der Herrenwitz. In: Stern Online, 01.02.2013. Online unter: <http://www.stern.de/politik/deutschland/stern-portraet-ueber-rainer-bruederle-der-herrenwitz-1964668.html>, zuletzt besucht am 12.12.2014)

Die DFG empfiehlt daher seit Mitte 2013, dass anonymen Anzeigen auf wissenschaftliches Fehlverhalten grundsätzlich nicht nachgegangen werden soll, jedenfalls nicht im Rahmen eines formalen Ombudsverfahrens: „Grundsätzlich gebietet eine zweckmäßige Untersuchung die Namensnennung des Whistleblowers.“ (Trenkamp 2013a). Allerdings, so heißt es bei der DFG, dürfe eine Überprüfung anonymen Anzeigen durchaus „abgewogen“ werden (Trenkamp 2013b).

2.3 Rainer Brüderle

Besonders fatal kann sich auswirken, dass ein vermeintlich kleiner und vertrauter Rahmen durch Social Media im Bruchteil einer Sekunde öffentlich werden kann. Im Kleinen sind es Partyfotos (siehe Abb. 2.12) oder unbedachte Einträge in einem Internetforum (wie im Fall Lauten), die sich negativ auf das gesamte (Berufs) leben auswirken können. Aber auch vermeintlich vertrauliche Gespräche sind schnell in aller Munde, wenn der Gesprächspartner sich entschließt, sie in einem

Blog oder einem Facebook-Eintrag zu veröffentlichen. Wer ein politisches Amt bekleidet, sollte also stets auf der Hut sein – selbst wenn er nicht offensichtlich mit einer Gefahr rechnet.

Dass Medienvertretern – insbesondere Journalisten überregionaler Blätter – gegenüber Vorsicht geboten ist, sollte allerdings zum Basiswissen jedes Politikers gehören. Dies hätte Rainer Brüderle, Spitzenkandidat der FDP im Bundestagswahlkampf 2013 besser beherzigt, als er einer Reporterin des Magazins „Stern“ mitten im Vorwahlkampf fragwürdige Avancen machte.

Die zu diesem Zeitpunkt 28-jährige „Stern“-Reporterin Laura Himmelreich hatte den 67-jährigen Brüderle am Vorabend des traditionellen Stuttgarter Dreikönigstreffens der FDP im Jahr 2012 getroffen.

In ihrem am 24.01.2013 erschienenen Beitrag „Der Herrenwitz“ (Abb. 2.13) wirft sie dem FDP-Politiker Aufdringlichkeit im großen Stil vor. Sie berichtet von unangemessenen Bemerkungen des Fraktionschefs, der ihr gegenüber nicht die gebotene Distanz gewahrt habe (Himmelreich 2013).

Politiker und Journalisten hätten wie üblich vor solchen Veranstaltungen an der Bar des Hotels Maritim zusammengestanden. Sie habe Brüderle bei dieser Gelegenheit gefragt, wie er es finde, im fortgeschrittenen Alter zum Hoffnungsträger aufzusteigen, schreibt die Autorin. Der Liberale habe jedoch lieber über ihr Alter sprechen wollen und sie auf 28 Jahre geschätzt – was zu jenem Zeitpunkt zutraf. „Mit Frauen in dem Alter kenne er sich aus, kommentierte Brüderle ihre Überraschung (Himmelreich 2013)“.

Einer weiteren fachlichen Frage zur Rede des Fraktionschefs wich Brüderle nach Angaben der Reporterin aus. Stattdessen soll er sich nach ihrer Herkunft erkundigt haben. „München“, habe sie wahrheitsgemäß geantwortet, was Brüderle zunächst zu spöttischen Bemerkungen über die Cola in der Hand der Reporterin veranlasst habe – die Frauen dort seien doch eigentlich trinkfest (FDP-Spitzenkandidat: „Stern“-Reporterin wirft Brüderle Aufdringlichkeit vor 2013). Die Autorin beschreibt die Szene weiter:

Brüderles Blick wandert auf meinen Busen. „Sie können ein Dirndl auch ausfüllen.“ Im Laufe unseres Gesprächs greift er nach meiner Hand und küsst sie. „Ich möchte, dass Sie meine Tanzkarte annehmen.“ „Herr Brüderle“, sage ich, „Sie sind Politiker, ich bin Journalistin.“ „Politiker verfallen doch alle Journalistinnen“, sagt er. Ich sage: „Ich finde es besser, wir halten das hier professionell.“ „Am Ende sind wir alle nur Menschen.“ (Himmelreich 2013).

Die Redakteurin führt noch andere Beispiele für möglicherweise unangemessene Äußerungen Brüderles an. Dass Frauen weniger Alkohol vertragen als Männer, erkläre der FDP-Mann beispielsweise mit dem höheren „Fettgehalt“ von Frauen:

„Dabei macht der den Reiz der Frau aus!“, wird Brüderle zitiert (Himmelreich 2013).

Auch ein Besuch in einem Milchviehbetrieb in Schleswig-Holstein im vergangenen Frühjahr wird beschrieben. Dort habe der FDP-Fraktionsvorsitzende eine Kuh betrachtet und gesagt: „Ey, guck mal, der Euter. Der hängt ganz schön. Das ist Körbchengröße 90 L.“ (FDP-Spitzenkandidat: „Stern“-Reporterin wirft Brüderle Aufdringlichkeit vor 2013). Als eine Kuh von hinten auf eine andere aufgesprungen sei, habe Brüderle kommentiert: „Gleichgeschlechtliche Liebe ist bei Tieren so häufig wie bei Menschen.“ Und als der Bauer erklärt habe, wie die Zitzen am Euter der Kuh angefasst würden, sei dem Liberalen eingefallen: „Das ist die Erotisierung der Kuh.“ (FDP-Spitzenkandidat: „Stern“-Reporterin wirft Brüderle Aufdringlichkeit vor 2013).

Den frühmorgendlichen Abschied an der Bar beim Dreikönigstreffen beschreibt Himmelreich wie folgt:

Dann steuert er mit seinem Gesicht sehr nah auf mein Gesicht zu. Ich weiche einen Schritt zurück und halte meine Hände vor meinen Körper. Die Sprecherin eilt von hinten heran: „Herr Brüderle!“, ruft sie streng. Sie führt ihn aus der Bar. Zu mir sagt sie: „Das tut mir leid.“ Zu ihm sagt sie: „Zeit fürs Bett.“ (Himmelreich 2013).

„Der spitze Kandidat“ kündigte denn auch der „Stern“ am 23.01.2013 den am folgenden Tag in der Print-Ausgabe erscheinenden Beitrag seiner Mitarbeiterin Himmelreich an. „Heiter bis zotig. Die Begegnung einer „Stern“-Journalistin mit FDP-Spitzenkandidat Rainer Brüderle wirft ein Schlaglicht auf den alltäglichen Sexismus in der Politik“ (Reich und Hoidn-Borchers 2013). Was folgte, war eine ausgeprägte Sexismus-Debatte, mit Brüderle als Vorzeige-Sexist. Auf Twitter etablierte etablierte die Netzfeministin Anne Wizorek am 24. Januar 2013 den Hashtag *#aufschrei* (*#aufschrei* 2013-), was eine Lawine von Tweets über Bemerkungen und Übergriffe auslöste, denen Frauen sich in ihrem alltäglichen Leben ausgesetzt sehen und die sie als sexistisch empfinden – von anzüglichen Sprüchen über unpassende Berührungen und Tätscheleien bis hin zu herablassenden Bezeichnungen (*#Aufschrei* auf Twitter: Männer nehmen den alltäglichen Sexismus gar nicht wahr 2013). Nachrichtenseiten im Web griffen das Thema auf, danach Zeitungen, das Fernsehen, auch internationale Medien. Sogar die „New York Times“ berichtete (Eddy und Cottrell 2013). Der *#aufschrei* wurde zum Selbstläufer – und Brüderle zum bösen Buben. Der Hashtag *#aufschrei* gewann sogar den Grimme Online Award (Hashtag *#aufschrei* gewinnt den Grimme Online Award 2013).

Brüderle selbst sieht sich als Opfer einer Medienkampagne (Sexismus-Debatte: Brüderle sieht sich als Opfer einer Medienkampagne 2014). „Der Stern wollte die FDP und mich beschädigen. Es war eine rein politisch motivierte Attacke“, sagte Brüderle dem „Handelsblatt“ (Sexismus-Affäre. Rainer Brüderle bricht sein Schweigen 2014).

„Was ich gesagt habe, war nicht böse gemeint. Es standen viele Journalisten um uns herum, und keiner hat sich darüber aufgeregt, auch die Dame nicht“, sagte Brüderle darüber im „Handelsblatt“ (Sexismus-Affäre. Rainer Brüderle bricht sein Schweigen 2014). Laura Himmelreich habe ihn anschließend noch auf mehreren Terminen begleitet. „Sie ist mit mir im Auto mitgefahren. Das macht doch niemand, der sich belästigt fühlt. Sie hat sich ein Jahr lang nicht bei mir beschwert.“ (Sexismus-Affäre. Rainer Brüderle bricht sein Schweigen 2014).

Brüderle ist überzeugt, dass der Artikel „von langer Hand“ geplant war. „Schauen Sie sich mal den Zeitablauf an: Am Montag werde ich zum Spitzenkandidaten gewählt. Am Mittwoch liegt der gedruckte „Stern“ auf meinem Schreibtisch“, eroberte sich Brüderle gegenüber dem Handelsblatt (Sexismus-Affäre. Rainer Brüderle bricht sein Schweigen 2014). „Regelrechte Freudenfeste“, habe es in den Redaktionen gegeben, als die FDP aus dem Bundestag geflogen sei, so Brüderle. Schon während des Wahlkampfes habe er den Eindruck gehabt, die Medien wollten erst Ruhe geben, wenn die FDP und ihr Spitzenkandidat erledigt seien (Sexismus-Affäre. Rainer Brüderle bricht sein Schweigen 2014).

Mag sein, dass Brüderle mit seiner Einschätzung gar nicht mal so falsch liegt. Gut möglich, dass von Seiten bestimmter Pressestimmen tatsächlich ganz bewusst eine „Kampagne“ gefahren wurde, um Brüderle und damit der FDP zu schaden. Ob dies so wahr, wird niemals bekannt werden. Nur: Es spielt keine Rolle, denn Brüderle hätte damit rechnen müssen. Ausgedacht wird sich die Reporterin die Vorwürfe nicht haben. Und wirklich angemessen war sein Verhalten auch mit viel Wohlwollen nicht. Als Spitzenpolitiker im Zeitalter von Social Media musste ihm klar sein, dass jedes Wort, das er einer Pressevertreterin gegenüber äußert, gegen ihn verwendet werden kann. Eine solche junge Frau anzufirten, und mag es aus eigener Sicht auch noch so charmant und harmlos sein, war ein vermeidbarer Fehler. Solche Fehler zu vermeiden, Gefahrensituationen zu erkennen und richtig einzuschätzen, dabei hilft ein professioneller Partner, der sich strategisch aller Belange der Social Media Präsenz annimmt und die Reputation schützt – in jeder Hinsicht.

Reputationsmanagement

Politik

Ternès von Hattburg, A.; Runge, C.

2015, VII, 41 S. 16 Abb., Softcover

ISBN: 978-3-658-08950-4